

Sattler, Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Förderung des Gesamtwohls aller in Sattlereien, Portefeulles-, Ledergalanterie- und Reiseeffektenbetrieben, sowie im Tapezierergewerbe und den verwandten Nebenberufen beschäftigten Arbeiter, Arbeiterinnen, Lehrlinge usw.

Dublikationsorgan der Berufsrentenkassen

Inferatiosk. d. 4. gestalt. Nonp. - Zeile 100 Mt. f. Stellenangeb., 150 Mt. f. Sachwertangeb.

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüdenstraße 10 b^m
 Fernsprecher: Amt Nordplatz Nr. 2120

Erscheint wöchentlich. Preis 60 Mt. pro Quartal. Zu beziehen durch alle Postanstalten

Wahlen von Delegierten zum Verbandstag.

Die Hauptwahl findet in der Zeit vom 21. April bis einschließlich 28. April statt.

Die Verwaltungsstellen erhalten vor der Wahl ein Wahlprotokoll. Dieses ist nach Schluß der Wahl auszufüllen und zusammen mit den abgegebenen Stimmzetteln in einem geschlossenen Kuvert sofort an den Hauptvorstand einzusenden. Wahlen, für die kein Stimmzettel und kein von der Ortsverwaltung unterzeichnetes Wahlprotokoll vorliegt oder das Wahlprotokoll nicht eingeklärt ist, können bei der Stimmzählung nicht berücksichtigt werden.

Als Kandidaten für die in Nr. 9 des Verbandsorgans/benannten Wahlkreise wurden folgende Kollegen gemeldet:

10. Wahlkreis: Hugo Friedrich, Brestlau.
11. " Bruno Walter, Görlitz.
12. " Bernhard Kerner, Weitz; Walter Schöne, Frankfurt a. d. O.
13. " Wilhelm Krause, Stettin.
14. " Artur Haupt, Bremen; Paul Wisner, Kiel; Hans Weimar, Rostock.
15. " August Sohns, Hannover.
16. " Paul Lehmann, Brandenburg; Franz Hein, Braunschweig; Wilhelm Schulze, Halberstadt; Walter Garz, Magdeburg.
17. " Walter Schilling, Mühlhausen i. Th.; Max Knitter, Halle.
18. " Wilhelm Gröble, Erfurt; Paul Fröbel, Gera-Gotha; Karl Bonn, Kassel.
19. " Wilhelm Mufewald, Altenburg; Walter Eppinghaus, Weimar; Karl Wittenbecher, Zeitz.
20. " August Braun, Chemnitz; Christian Franz, Chemnitz.
21. " Heinrich Huber, Darmstadt; Hermann Sumpf, Mainz; Willi Riedel, Wiesbaden.
22. " Heinrich Borgmann, Dortmund; Oskar Frieb, Bielefeld.
23. " Wilhelm Seidel, Bochum; Theodor Merten, Elberfeld; Fritz Opfermann, Hagen.
24. " Paul Gehring, Düsseldorf.
25. " Karl Honertamp, Köln a. Rh.; Konrad Schäfer, Köln a. Rh.
26. " Josef Wolfsberger, Mannheim.
27. " Karl Gföll, Freiburg i. Br.; Johannes Braun, Ruppenheim; Georg Tröster, Reuilingen; Georg Steinemann, Ulm.
28. " Wilhelm Köller, Koburg; Konrad Schöffel, Raitenburg o. d. T.

Die Wahl der Delegierten erfolgt durch die Mitglieder in Versammlungen, die den Mitgliedern ausdrücklich mit dem Hinweis auf die stattfindende Wahl bekanntgegeben sein müssen,

durch geheime Abstimmung mittels Stimmzetteln. Die Wahl kann nur persönlich ausgeübt werden. Mitglieder, für deren Ort keine Verwaltungsstelle besteht, wählen in der Verwaltungsstelle, der sie angeschlossen sind, in eigenen Wahlversammlungen; sind in einem Ort aber nur ein bis zwei Mitglieder angeschlossen, so haben diese das Recht, ihren Stimmzettel der Ortsverwaltung brieflich einzusenden. In den Wahlabteilungen kann durch Versammlungsbeschluß die Wahl in Bezirksversammlungen oder an einem bestimmten Tag innerhalb bestimmter Stunden in von der Ortsverwaltung zu bestimmenden Wahllokalen vorgenommen werden. Der Wähler legitimiert sich durch sein Mitgliedsbuch oder eine vom Kassierer ausgestellte Legitimation.

Mitglieder, welche zur Zeit der Wahl mit mehr als 8 Wochenbeiträgen restieren, sind weder wahlberechtigt noch wählbar.

Der Vorstand: J. U.: H. Stum.

Die Unternehmer und die Ruhraktion.

In Versammlungen und in verschiedenen Tageszeitungen ist die Behauptung aufgestellt worden, den deutschen Unternehmern wäre die Ruhrbesetzung nicht nur erwünscht gekommen, es ist sogar behauptet worden, sie wäre im Einverständnis mit ihnen erfolgt. Gegen solche Auffassungen soll sich nun ein wahrheitsliebender Mensch nicht wenden können, ohne verdächtigt zu werden, er verteidige die Kapitalisten, leugne die Klassengegensätze und schlafwande gegenüber den harten Tatsachen der Gegenwart.

Wenn die Unternehmer der verschiedenen Länder in dieser Harmonie einig gingen, dann würden sich die Zeitgeschehnisse ganz bestimmt in noch ganz anderer Form auswirken, als sie sich jetzt abspielen.

Frankreichs Unternehmer stehen hinter Poincaré, ihr Ziel ist Vernichtung der deutschen Großindustrie, Friedensvertrag, Forderung unmöglicher Leistungen, Inbesitznahme von Sachwertpfändern sind die Fortsetzung des Weltkrieges mit anderen Mitteln zum Zwecke der Erreichung des gesteckten Zieles.

Wer nicht ganz einseitig eingestellt ist, muß demnach begreifen, daß die Erreichung des gesteckten Zieles die deutschen Arbeiter aus den Fesseln des deutschen Kapitals in die des französischen bringen müßte. Wenn das egal ist, der kann sich leicht damit abfinden mit der Logik, es sei gleich, ob er für deutsche oder französische Unternehmer frönen muß, um seinen Lebensunterhalt zu erwerben. Wir wollen hier nicht auf die Unterschiede in der kulturellen und sozialen Lage der französischen Arbeiter eingehen, sondern nur bemerken, daß solche laßnächlich bestehen, und zwar nicht immer zum Vorteil der französischen Arbeiter.

Ja, wenn man allerwärts eine solch fortschrittliche Auffassung der Menschheitsidee befände, daß die nationalen Schranken, die uns heute trennen, nicht mehr existieren! Wenn die politische und wirtschaftliche Voraussetzung für eine zweckmäßige Organisation der Produktion und Konsumtion, für ein harmonisches Zusammenwirken aller Produktionsstränge bereits gegeben wäre! — Wären wir so weit, dann allerdings, wozu sperren wir uns an der Ruhr eigentlich? Dann müßte man die Besetzung ja als Befreier hejubeln aus kapitalistischen Bonden! —

Ja, warum widersehen sich dann eigentlich alle Arbeiter, ganz gleich, welcher politischen Partei sie angehören, dem Liebeswerben der Besetzungstruppen so einmütig? — Die rauhe Wirklichkeit zwingt sie eben dazu! Der oben erwähnte harmonische Zustand existiert eben nicht, weder bei den Unternehmern, noch bei den Arbeitern; noch immer herrschen die nationalen Gegensätze und bestimmen die Geschehnisse.

Im Weltkriege strebten deutsche Großindustrielle nach dem Besitz von Longwy und Bry mit ihren Erzlagern; ebenso nach einem direkten Weg vom rheinischen Industriegebiet nach der Nordsee über Antwerpen. Jetzt ist es umgekehrt gekommen. Wahrscheinlich hätte man in französischen Arbeiterkreisen mit ähnlichen Argumenten agitiert, wie es jetzt den deutschen Arbeitern gegenüber geschieht, wenn sich die Wünsche der deutschen Großindustriellen erfüllt hätten.

Um die tieferen wirtschaftlichen Interessen der kapitalistischen Gruppen in den Ländern, um Erdschätze, um Kohle, Erze, Öle usw., von welchen heute die Existenzmöglichkeit der großen Kulturvölker abhängt, dreht sich der Kampf. Denn wer so kurzfristig ist und nicht bereit, daß hinter den Interessen der Großindustrie, also der Kapitalisten, auch das gesamte Interesse der Allgemeinheit, des ganzen Volkes steht, mit dem kann man nicht diskutieren; der hat es leicht, zu behaupten, wir haben keine gemeinsamen Interessen mit Unternehmern. Es soll hier nicht des näheren auf dieses weite Gebiet der gemeinsamen Interessen eingegangen werden, es sei nur daran erinnert, daß jede Stockung auf dem Absatzmarkt der Produktionsherzeugung immer zuerst der Arbeiter zu fühlen bekommt, sei es in Gestalt von Kurzarbeit, Aussetzen oder völliger Arbeitslosigkeit. Voraussetzung jeder produktiven Arbeit sind Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Arbeitsräume und Kapital zur Lohnzahlung. Zusammengesetzt also: Kapital und wiederum Kapital; denn nur wo das erforderliche Kapital vorhanden ist oder aufgebracht werden kann, ist es heutzutage möglich, die Produktion zu organisieren. Die Frage der gemeinsamen Interessen aller Volksgenossen läßt sich nicht mit ein paar Redensarten abtun, indem man jeden verdächtigt, er vertrete die Interessen der Kapitalisten, mer davon zu reden wagt. Das dem so ist, beweist die einmütige Abwehr der französisch-belgischen Aktion durch die Ruhrbevölkerung.

Ueber die Ruhrbesetzung durch Frankreich und Belgien im Urteil eines sachkundigen Amerikaners schreibt der „Vorwärts“ vom 29. März Nr. 148:

„Unter dem Titel „Genen die Invasion“ veröffentlicht das ehemalige Mitglied der Rheinland-Kommission für die Vereinigten Staaten, Pierrepont D. Ropes, in der angesehenen amerikanischen Zeitschrift „The Nation“ vom 14. März 1923 einen Artikel, der sich mit bemerkenswerter Schärfe gegen den Einbruch in das Ruhrgebiet wendet. Ropes schreibt u. a.:

„Zwei leitende Faktoren haben nach meiner Meinung die gegenwärtige Ruhrsituation verursacht, Faktoren, deren Erkenntnis viele sonst unerklärliche Zwischenfälle der Zukunft erklären. Erstens: Die deutsche Kriegenschaubildung ist immer viel höher festgesetzt worden, als irgendein Land von Deutschlands Größe zu zahlen imstande wäre. Zweitens: Frankreich weiß das; es hat es immer gewußt. Es hat absichtlich eine Zahl gefordert, die Deutschlands Verfechtung sicherstellen würde. Seit 1920 hat die Regierung in Frankreich stets in Händen von Männern gelegen, die die Zerstückung von Deutschland

für ungleich wichtiger hielten als den Empfang von Reparationen. Die unmögliche Kriegsschädigung wie die riesige französische Armee sind aufrechterhalten worden bis zu dem Tage, wo andere Alliierte, die vielleicht Einwendungen erheben könnten, in aller Sicherheit herausgefordert werden können und die langsam vorbereitete Ruhrkampagne eingeleitet werden könnte."

Kopps zieht dann einen Vergleich zwischen der Kriegsschädigung, die Frankreich 1871 auferlegt worden ist und der Kriegsschädigung, die man Deutschland jetzt auferlegt hat. Damals habe nach Schätzung eines Mitgliedes der französischen Regierung das Vermögen Frankreichs 25 Milliarden Dollar betragen, so daß die Kriegsschädigung von einer Milliarde Dollar 4 Proz. des Vermögens betragen habe. 1914 sei das Vermögen Deutschlands auf 75 bis 90 Milliarden Dollar geschätzt worden, so daß man wahrscheinlich zu hoch greife, wenn man das Vermögen Deutschlands nach dem Kriege mit 75 Milliarden Dollar annähme. In London sei die Kriegsschädigung Deutschlands auf 32 Milliarden Dollar oder 43 Proz. des deutschen Gesamtvermögens festgesetzt worden. Doch das sei nicht alles. Nach den Zahlen, die im Jahre 1872 dem französischen Parlament unterbreitet worden sind, habe der Krieg 8 Proz. des Vermögens Frankreichs gekostet.

Der Krieg von 1914/1919 jedoch habe Deutschland 30 bis 40 Proz. seines Vermögens gekostet. Wenn Frankreich die Kriegsschädigung bis zum Jahre 1873 zahlen konnte, so war das nur möglich infolge seines Kredites, der von den Neutralen ebenso wie von Deutschland selbst geflohen worden sei. Dagegen habe die gesamte Politik der Alliierten seit dem Waffenstillstand auf die Verkürzung des deutschen Kredites hingearbeitet. „Kann angesichts dieser Zahlen ein Mensch mit gesundem Sinnen behaupten, daß Deutschland ein Zehntel der von Frankreich geforderten Reparationen bezahlen kann oder daß es nur auch eine entfernte Aussicht hat, sich von den Strafbestimmungen eines Vertragsbrechers und der Drohung mit der Invasion freimachen zu können?"

Kopps erinnert dann an die Befehle von Frankfurt, die ein Versuch gewesen sei, zu sehen, ob England energisch genug protestieren würde. Ohne den energischen Protest durch England wäre damals schon das Ruhrgebiet besetzt worden. Man habe immer die mangelnden Kohlenlieferungen vorgegeben. Als Vorsitzender der Internationalen Kohlenkommission hatte Kopps einen Plan ausgearbeitet, wonach Deutschland imstande wäre, 1 250 000 Tonnen Kohlen im Monat zu liefern. Er will dann festgestellt haben, wieviel Kohlen Frankreich zu transportieren imstande sei, da er überzeugt war, daß Deutschland mehr Kohlen liefern würde, als Frankreich transportieren könnte. Aber Poincaré widersetzte sich, daß diese Frage überhaupt diskutiert würde. Er hielt offenbar eine Verhinderung Deutschlands in den Kohlenlieferungen für wichtiger als die Möglichkeit, mehr Kohlen zu erhalten. Dies alles zusammen habe ihn überzeugt, daß die Reparationsfrage dem militärischen Angriffspunkt untergeordnet worden ist.

Kopps ist den Überzeugung, daß Poincarés Politik darauf hinausläuft, das Ruhrgebiet und Westfalen zum strategischen Mittelpunkt einer imperialistischen Politik zu machen. Er schließt mit einer scharfen Kritik der amerikanischen Regierung, deren Unterlassungsgelände ärger seien als die Beachtungsfälle Frankreichs. Die einzige Hoffnung für Europa läge in einer gemeinsamen Aktion der Vereinigten Staaten und Englands.

Karl Marx zum 40. Todestage!

Eine der schönsten Pflichten, welche die Lebenden erfüllen können, ist es, dankbar die großen Geister unter den Gestorbenen zu ehren. Obwohl gestorben, leben sie fort unter uns in ihren bahnbrechenden Werken. Im besten Sinne waren sie der Menschheit Lichtbringer, und ein solcher war unstreitig Karl Marx, seit dessen Todestage am 14. März 40 Jahre vergangen waren. Es kann hier nur ganz kurz daran erinnert werden, daß der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, der große Theoretiker, der modernen Arbeiterbewegung das Ritzzeug und die Waffen zu ihren Erfolgen geschmiedet hat, indem er den Sozialismus zu einer Wissenschaft erhob, die in unserer Zeit nicht mehr bestritten werden kann.

Das Elend der arbeitenden Klassen in England war furchtbar, der Mensch war zum Arbeitstier herabgedrückt worden. Mann, Weib und Kind wurden zum Frondienst für das Kapital gezwungen. Mit scharfem Blick und klarem Geiste hat Marx die wirtschaftlichen Zusammenhänge, die gesellschaftlichen Zustände wissenschaftlich festgestellt und bezeichnet. Er hat auch Wege gesucht und bezeichnet, die geeignet waren, die Entwürden dieser Erde allmählich aus dem Elend herauszuführen. Wenn sich nicht alle Voraussetzungen, die Marx nach den damaligen Verhältnissen an die mutmaßliche Entwicklung des Kapitalismus und seine Absehung durch den Sozialismus knüpfte, erfüllt haben, so lag das eben an Wachstumsfaktoren, die unmöglich vor-

auszusehen waren. Die großen Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit besaßen nicht nur ungemindert weiter, es ist auch eingetroffen, was Marx vorausgesehen hat: das Kapital hat seine Jangarme immer weiter ausgebreitet. Gelehrte, Künstler, der ganze staatliche Apparat, alles ist mehr oder weniger in Abhängigkeit zum Kapital geraten, untersteht seinem Einfluß und wird ausgebeutet.

Daß Marx sich die wirtschaftliche Entwicklung etwas anders vorgestellt hat als wie sie sich bis heute tatsächlich gestaltet, ist menschlich begreiflich. Der Einfluß der technisch, kaufmännisch, ökonomisch und mit allen Mitteln wissenschaftlicher Errungenschaften geschulten Kräfte des Kapitalismus hat sich seitdem nicht verringert, sondern ganz gewaltig gesteigert. Freilich haben sich auch die für Lohn und Gehalt Arbeitenden in dieser Zeit nicht untätig verhalten und sich ansehnliche Organisationen geschaffen.

Ein gewaltiges Ringen zwischen Kapital und Arbeit ist entbrannt; die Gegensätze sind unüberbrückbar, die zwischen den beiden Interessengruppen bestehen, trotzdem sich im Verlauf der Jahre die Gegner daran gewöhnt haben, sich in gewissen Fragen zu verständigen.

Die Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in eine sozialistische ist auch das Ziel der Gewerkschaften und muß es sein, weil auf andere Weise eine Befreiung der Arbeiter aus der modernen Lohnsklaverei überhaupt nicht denkbar und möglich erscheint.

Die Erstämpfung höherer Löhne und erträglicher Arbeitsbedingungen ist die Aufgabe der Gewerkschaften in der Gegenwart; trotzdem können sie nur immer erst geraume Zeit später Bohnenerhöhungen durchsetzen, wenn die Preise für alle Waren schon längst unersäglich höher gestiegen sind.

Solange die kapitalistische Produktionsweise existiert, wird das Bestreben der Unternehmer im allgemeinen stets darauf gerichtet sein, mit möglichst niedrigen Löhnen auszukommen; das liegt in der Natur derselben tief begründet. In Zeiten wirtschaftlicher Prosperität, wo Mangel an Arbeitskräften herrscht, ist selbstverständlich der Lohn, ausländische Löhne zu zahlen, ein Faktor, der den Gewerkschaftskampf sozialistischer Art erleichtert. Sobald aber wirtschaftliche Krisen einsetzen und ein Ueberfluß von Arbeitskräften bemerkbar wird, was sich zuerst in einer Herabsetzung der Arbeitszeit, dann in Aussetzungen und Entlassungen auswirkt, geht auch die Lohnrückerei in verstärktem Maße los.

Treten solche Krisen auf, dann erst zeigt sich so recht die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisationen, indem sie die Herabsetzung der Löhne verhindern. Dieses wirkt viel mehr auf die Gestaltung der allgemeinen Verhältnisse zurück als vielen zum Bewußtsein kommt. Es ist eine Erfahrungstatsache, daß mit mittellosen, proletarisierten Menschen auch keine politische Bewegung erfolgreich durchgeführt werden kann, die als Wachstumsfaktor in Betracht kommt. Gute, klare Gewerkschaften sind die Grundlage, auf welcher die politische Partei fest und sicher aufgebaut werden kann. Deshalb hat auch Marx vorbehaltslos erklärt, solange die kapitalistische Produktionsweise existiert darf der Gewerkschaftskampf nicht eingestellt werden!

Man darf natürlich nicht alles, was Marx über die Gewerkschaften gesagt hat, als ewige, unänderliche Regeln aufstellen. Das Wesen des wissenschaftlichen Sozialismus verlangt ja gerade die Wertung aller Zeitschritte im Interesse einer Vervollkommenung aller menschlichen Einrichtungen zur Aufrüstung der Menschheit. Die gesamte sozialistische Tagespresse und selbst bürgerliche Organe haben die große Bedeutung der wissenschaftlichen Arbeit von Karl Marx in ihren Spalten ausführlich besprochen. Niemand sollte es verkümmern, sich wenigstens mit den Hauptzügen der Marx'schen ökonomischen Forschungen und Lehren bekanntzumachen. Wir können die gesteckten Ziele nur dann mit der Zeit erreichen, wenn wir die Zusammenhänge der kapitalistischen Gesellschaft aufs genaueste kennen lernen. Marx war es, der den Satz prägte: „Proletarier aller Länder vereinigt euch!" Noch sind wir ein recht großes Stück von diesem Ziele entfernt und es bedarf noch angestrengtester Tätigkeit aller Mitglieder, wenn wir vorwärts, dem Ziele näherkommen wollen. Werbt neue Mitglieder, kauft sie auf, damit sie sich mit uns in Reich und Geld stellen, so ehrt ihr den großen Toten und sein Werk.

Wer ist sozial?

(Dieser Artikel mußte wegen Raummangel längere Zeit liegen bleiben.)

Antwort: Nur die Arbeitgeber! Nach der deutschen Arbeitsverteilung ist die Partei, die sich die sozialdemokratische nennt, alles andere, nur nicht sozial. Dieses Organ ist natürlich in erster Linie dazu da, die Interessen der Unternehmer zu vertreten und man braucht sich daher nicht zu wundern, wenn es dabei alle klaren Begriffe umdeutet, verzerrt und verwirrt; denn ohne diese Verzerrung könnte sie ihre Aufgabe kaum zur Zufriedenheit der Arbeitgeber lösen.

Kurz gesagt, man bestreitet den Sozialdemokraten, überhaupt den Sozialisten jedes Recht, sich als die alleinigen zu bezeichnen, die sozial denken und handeln. Das Wort „Sozial“ könnte keine logisch-grammatische Bedeutung beanspruchen. Denn alles, was das Zusammenleben der Menschen in Staat und Gesellschaft betrifft, ist bei der Rubrik „Sozial“ einzureihen.

Man sich bedeutet das Wort sozial die gesellschaftlichen Zustände, es besteht aber wohl kein Streit darüber, daß man im modernen Sinne unter sozial auch in erster Linie einen gesellschaftlichen Zustand begreift, der nicht die schroffen Gegensätze der heutigen Klassenzustände aufweist.

Wenn man natürlich der Auslegung der „DZ“ folgt, ist auch die Ausbeutung der armen Menschen durch die reichen, der Schwachen durch die starken sozial. Denn die armen und die reichen Leute leben ja auch in ein und derselben menschlichen Gesellschaft. Wir nennen diesen Zustand unsozial, ungerecht und daher verwerflich. Unter dem Begriff sozial verstehen wir die Pflicht, unter dem Handlungsbild so einzustellen, daß sie unsere Mitmenschen nicht schädigen. Die soziale oder sozialistische Weltanschauung ist eben das Gegenteil dessen, was wir als Ausbeutung unserer Mitmenschen kennen und bekämpfen. Sozial denken und handeln heißt in erster Linie das Gesamtwohl der Menschen berücksichtigen; das persönliche Interesse zurückstellen unter das Gesamtinteresse.

In unserer heutigen Gesellschaft gibt es freilich nicht allzu viele Menschen, die in diesem Sinne sozial sind. Der konsequente sozial Handelnde könnte auch Befehl lauten, Hungers sterben zu müssen, wenn er sein Ich ganz über den anderen vergessen würde. Deshalb bleibt es aber dennoch wahr, daß der echte Sozialist nicht allein für sich und seine Klasse bessere Zustände schaffen will, sondern für alle Volksgenossen gleichermaßen. Die heutigen Klassengegenstände können natürlich nicht mit einem Ruck aus der Welt geschafft werden; sie können aber gemildert und nach und nach so gestaltet werden, daß auch die arbeitenden Klassen Lust am Schaffen, Lebensfreude empfinden, an dem was es ihnen heute meistens fehlt.

Aber gerade dieses Streben, einen solchen sozialen Ausgleich herbeizuführen, stößt bei den herrschenden Klassen auf den schroffen Widerstand. Fürchten sie doch, daß dadurch ihr eigenes Wohlfühlen nicht mehr in dem bisher gewohnten Umfange möglich sein wird. Ein Heer von Soldatengräbern ist daher bemüht, das Klasseninteresse der Besitzenden, mit allen Argumenten der Sophistik und Verzerrung klarer Begriffe zu verteidigen. Für zum Teil langen Sold führen die Angestellten dieser Unternehmer den Kampf gegen ihre eigenen Klassengenossen, statt Schulter an Schulter mit ihnen gemeinsam.

Dieselben Leute, die den Klassenkampf angeblich verwerten, haben demselben also erst verursacht und sorgen dafür, daß er nicht sobald verschwinden kann, indem sie eben den Klassenkampf immer wieder neu anschieben.

Gelegenlich einer Tagung des Volksvereins für das katholische Deutschland in München hatte der bekannte christliche Führer Siegmund ausgeführt, daß Staat und Wirtschaft organisch zusammenwachsen müssen. An dieser Aufgabe müßten alle Volkstreue opferbereit in Gemeinschaft mitarbeiten. Man weiß ja, wie die Unternehmer sich das vorstellen; einfach so, daß der Christenbund befreit, die Arbeiter wieder länger und für geringeren Lohn arbeiten sollen. Die Unternehmer natürlich stecken den Gewinn in ihre eigene Tasche und fahren ruhig fort, alle Maßnahmen der Regierung zu sabotieren und zu durchkreuzen. Die „DZ“ aber tut so, als wenn alle Schuld an unserem wirtschaftlichen Verfall nur die Arbeiter trüff, die nicht länger als acht Stunden arbeiten wollen und überdes einen auskömmlichen Lohn beanspruchen, um nicht ganz an Unterernährung zugrunde gehen zu müssen.

Daß die Unternehmer gewillt wären, Opfer zu bringen, davon kein Wort. Inzwischen steigen sie aber die Preise ruhig und konsequent bis ins Ungemessene weiter, stellen nach wie vor ihre Sonderinteressen über die Staatsinteressen und das Gesamtwohl. Und die Regierung ist nicht imstande, sich diesen Herrschaften gegenüber durchzusetzen. Die „DZ“ sollte lieber einmal den Begriff, was und wer sozial ist, denkt und handelt, nach dieser Richtung hin einer Prüfung unterziehen.

Man kann aber lange warten, bis sie von selbst das Notwendige zur Befundung der deutschen Wirtschaft unternehmen. Leider hat die Sache noch eine andere Seite. Die ungeheure Steigerung aller Preise, die sich in der ersten Novemberhälfte 1922 vollzog, zwang zu immer neuen Lohnforderungen. Dadurch wurden die Arbeiter und Angestellten zu den Schädlichen an diesen Zuständen gestempelt, ja man schädelte sich nicht, ihnen alle Schuld beizumessen an den Preissteigerungen. Man folgert ganz einfach so: Die Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmer und Arbeiter läuft darauf hinaus, daß beide in ihrem ein bequemes Mittel gefunden haben, um sich die Kosten der Konsumten gültig zu vergleichen. Das ist nicht zu vergleichen. Das klingt gerade so, als

ob die beiden Gruppen nur Theater spielten, wenn sie gelang um jede keine Erhöhung festsetzen. Dann müßten ja auch alle Arbeitseinstellungen als Scheinmanöver gelten. Die Dinge liegen so, daß die Gewerkschaft des Unternehmers am Arbeitsprodukt um so größer ist, je weniger er Arbeitstagen zu zahlen hat. Die Preise können noch so hoch gestellt werden, der Unternehmer wird immer den Lohn herabzudrücken suchen. Die Lohnarbeiter haben leider keine andere Möglichkeit, ihr Einkommen den gesteigerten Ausgaben nachzubringen, als Lohnforderungen zu stellen, wenn sie nicht verkommen wollen. Man muß die Frage richtig stellen, dann kommt man der Wahrheit schon näher. Diese lautet: Gehen die Unternehmer in ihren Steigerungen der Kohlen-, Kali-, Brot-, Milch-, Fleischpreise usw. nicht etwas mehr über jedes berechnete Maß hinaus? Und zwar auf Kosten der Konsumenten und — der Arbeiter, welchen legieren man die Schuld zudrückt? —

Man erkundigt auch daraus wieder, wie verzweigt und verwickelt im modernen Arbeitsprozeß die Verhältnisse sind. Wo soll denn bei der Arbeitnehmer-Schaft Schöpfenslust und Freude an der Arbeit herkommen, wenn man in solch unläuterer Weise ihnen die Schuld zuschiebt an Zuständen, die doch durch oft tiefer liegende Ursachen gezeitigt werden.

Es ist ja so kinderleicht zu sagen: die Arbeiter haben schon wieder Lohnforderungen gestellt, nun müssen die Preise wieder höher geschraubt werden. Daß die Lohnforderungen aber erst gestellt wurden infolge der bereits gestiegenen Preise, das verschweigen die Arbeiterfreunde lächerlich. Daß gerade die „D.V.Z.“ sich in dieser Hinsicht das menschenmögliche leistet, haben wir oft genug festgestellt. Das ist wieder ehrlich aber noch weniger sozial gehandelt.

Mit Worten läßt sich vieles sagen und behaupten, was den Lesern solcher Organe, wie die „D.V.Z.“ eines ist, angenehm ist. Der Wahrheit wird damit aber nicht gebietet und der Riß, der zwischen Unternehmer und Arbeiterklasse nun einmal besteht, wird dadurch nur größer statt kleiner. Auf das Wort sozial kommt es natürlich weniger an als vielmehr auf den sozialen Geist unserer Handlungen. Nicht Worte, sondern Taten zeigen, wer sozial handelt!

Der Einfluss der Unternehmer auf die Lebensverhältnisse breiter Volksschichten in Amerika

Im Organ des amerikanischen Gewerkschaftsbundes wird von Comper folgende interessante Darstellung gebracht:

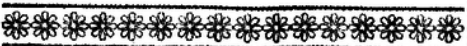
Es wäre eine Ungerechtigkeit gegenüber dem Thema, wenn ich es unterlasse, auf gewisse andere, die drei Schlüsselindustrien, d. h. die Stahl- und Kohlenindustrien sowie die Eisenbahnen betreffende Tatsachen hinzuweisen. In diesen drei großen Industrien spielt die Hochfinanz, wie wir sie in Amerika verstehen und die in der Wallstreet ihren Sitz hat, vielleicht eine größere Rolle als auf irgendwelchem anderen Gebiete. Die Stellung der leitenden Instanzen dieser drei Industrien und Trusts wird durch die Tatsache verstärkt, daß die Kompetenzen der verschiedenen Gruppen ineinander greifen. Beim Stahltrust handelt es sich z. B. nicht nur um den Stahltrust. Es ist der Stahltrust verneigt um den Einfluss, den er auf Grund der gegenseitigen Beziehungen und der Beziehungen seiner Direktoren mit der Hochfinanz im allgemeinen und anderen Industrien ausübt. Bei den Eisenbahnen liegt die Sache ebenso. Es sind die Eisenbahnen plus die Beziehungen ihrer Direktoren mit anderen Industrien, mit der Hochfinanz und mit anderen Eisenbahnunternehmen. Die zahlreichen Wagnisse der Kohlenindustrie unterhalten ebenfalls mannigfache Beziehungen. So kann man auch von der Stahlindustrie, von Banken und Eisenbahnen sprechen, wenn man von der Kohlenindustrie spricht. Die Stahlindustrie kann man also mehr oder weniger auch mit der Kohlenindustrie, den Eisenbahnen, Banken und verschiedenen anderen Industrien identifizieren.

Diesemgen, die die großen Eisenbahnen in Händen haben, die die Antriebskräfte transportieren, beherrschen auch die Antriebskräfte. Es ist klar, daß diese mächtigen Unternehmer versuchen, die in den verschiedenen Industrien befolgte Politik einem allgemeinen Plan anzupassen. So kann es z. B. geschehen, daß im Vergleiche eine Lohnreduktion herbeigeführt — und dann diese Reduktion als Argument benützt wird, um das gleiche Resultat bei den Eisenbahnen oder in der Stahlindustrie zu erzielen.

Im Jahre 1913, als vom Kongress Erhebungen über die Frage der Finanztrusts unternommen wurden, stellte es sich heraus, daß vier große New Yorker Finanzinstitute 89 Verwaltungsratsmitglieder in Banken und Trusts, 29 in Versicherungsgesellschaften inne hatten, 78 in Transportunternehmen, 49 in Handelsfirmen und 16 in öffentlichen Betrieben. Die vier Bankunternehmen, die über diese 241 Verwaltungsratsmitglieder verfügten, waren J. P. Morgan u. Co., die „Guarantee Trust Company“, die „Bankers Trust Co.“ und die

„First National Bank of New York“. Gleichzeitig besaß die „Chase National Bank of New York“ 22 Verwaltungsratsmitglieder in 10 andern großen Banken und Trusts. Mitglieder der Nationalbank of Commerce in New York besaßen 57 führende Stellen in 22 andern großen Bankunternehmen und Trusts, die über Kapitalien im Betrage von mehr als 2 Milliarden Dollars verfügten.

Die große Bedeutung, die eine genaue Kenntnis des Umfangs und der Tätigkeit der Unternehmerorganisationen für den Gewerkschaftskampf hat, veranlaßt den Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam, dem nationalen und internationalen Zusammenarbeiten der Unternehmer in Zukunft ganz besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Dabei soll nicht allein den organisatorischen Zusammenhängen, sondern auch den wirtschaftlichen Beziehungen, wie sie in dem Artikel von Comper dargestellt werden, nachgegangen werden. Einschlägiges zuverlässiges Material würde dem Internationalen Gewerkschaftsbund (Amsterdam, Bondestraat 61), sehr willkommen sein.



Unser Verband!

Im Verband haben sich die Klassengenossen zusammengeschlossen, um gemeinsam für die Sicherung ihrer Lebensbedingungen tätig zu sein.

Dieses Ziel kann aber nur dann erreicht werden, wenn alle Mitglieder den Zusammengehörigkeitsgedanken unablässig propagieren.

Alles, was den Verband schädigen kann, muß unterlassen, alles was ihm nützen und ihn vorwärtsbringen kann, getan werden.

Der Verband will erreichen, daß allen, die arbeiten, die Früchte der Kultur unserer Zeit ebenso zum Genuß zur Verfügung stehen, wie den sogenannten gebildeten Kreisen, und vor allem den Nichtswürn.

Helft alle mit, das Gute zu vollbringen und sorgt mit, daß die hierzu erforderlichen Mittel aufgebracht werden.



Sind Lehrlinge Arbeitnehmer?

Ein Urteil letzter Instanz.

Am 27. Juni vor. Jahres Mitte das Oberlandesgericht Hamm i. B. als Revisionsinstanz ein Urteil anzuheben ist, auch wenn er auf Lehrlinge (auch im Handwerk) Bezug nimmt. Die betr. Anrunder wollte sich dabei nicht beruhigen, sondern das Reichsgericht als letzte Instanz anrufen. Jetzt wird bekannt, daß das Reichsgericht die Revision zurückgewiesen habe, da vom Kläger der Gebührenvorbehalt nicht gestellt wurde. Durch diese Zurückweisung ist das in Hamm gefällte Urteil nunmehr endgültig. Da es von weittragender prinzipieller Bedeutung ist, seien einige Absätze aus der Urteilsbegründung hierdurch nochmals der Öffentlichkeit unterbreitet:

Sind Lehrlinge Arbeiter? Hierzu sagt das Oberlandesgericht Hamm i. B.: „Lehrlinge sind unter Titel VII der Gewerbeordnung unter den „Gewerblichen Arbeitern“ besonders aufgeführt. Es kann daher nicht un zweifelhaft sein, daß sie als „Arbeiter“ anzusehen sind, und daß neben dem Charakter des Lehrvertrages als eines den Meister zur sachgemäßen Auszubildung des Beherrlichen verpflichtenden Vertrages, auf der anderen Seite auch eine den Beherrlichen zur wirklichen Arbeitsleistung, besonders gegen Ende der Lehrzeit, verbindende Verpflichtung vorliegt.“

Wie kann ihre Entlohnung geregelt werden? „Die daraus sich ergebende Frage, ob eine Entlohnung des Beherrlichen geboten ist und in welcher Höhe, ist somit eine Frage des Arbeitsverhältnisses. Ihre Regelung kann daher durch Vertrag (d. h. Tarifvertrag) (die Redaktion), aber auch nach der Verordnung vom 12. Februar 1920 durch Schiedsgericht und Verbindlichkeitsurteilung erfolgen. . . . Vorliegend kann dies um so unbedenklicher festgestellt werden, als Anrunder und Handwerkskammer, wie unstrittig ist, eine Regelung der Lohnfrage nicht vorgenommen haben. Es ist somit unbedenklich, ob durch die Lehrverträge der Kläger ein Lohn überhaupt nicht festgesetzt ist oder mit niedrigeren Sätzen, als der Schiedsgericht vorliegt.“

Können bestehende Lehrverträge abgeändert werden? „In beiden Fällen ist, da der Schiedsgericht zwischen den Arbeitnehmerorganisationen, denen die Kläger unstrittig angehören, sowie der Schlosserinnung, der der Beklagte angehört, erlassen ist, der Lehrvertrag durch den für verbindlich erklärten Schiedsgericht abgeändert worden.“

Die letzte Neußerung würde bedeuten, daß nur bei Mitgliedern der betreffenden Organisationen der

Schiedsgericht, oder gegebenenfalls gesamtvertragliche Abmachungen, entgegenstehende Bestimmungen von Privatverträgen aufheben.

Über alle die bekannten Einwände der Handwerkerorganisationen, die den Beitrag aus allen Gesamtabmachungen, wie Tarifverträge, Schiedsgerichte usw. ausschalten wollen, geht das Urteil danach glatt hinweg. Es wird gut sein, auf diese Entscheidung zurückzugreifen, wenn wieder ähnliche Streitfragen gerichtlich ausgetragen werden.

Haß und Liebe.

„Wenn ich hoffe, so nehme ich mir etwas, wenn ich liebe, werde ich um das reich, was ich liebe. Egoismus ist die höchste Armut eines Wesens. Egoismus schafft sich seinen Mittelpunkt in sich selber; Liebe pflanzt ihn außerhalb ihrer in die Liebe des ewigen Ganzen. Liebe zielt nach Einheit, Egoismus ist Einkamkeit. Liebe ist die mitherrschende Bürgerin eines blühenden Freistaates, Egoismus ist ein Despot in einer verwüsteten Schöpfung.“

In unserer Zeit sind viele Menschen ganz außerordentlich nervös und reizbar. Oft um geringer Ursachen willen geraten sie in einen Zustand gelinder Rasterei. Die Folgen sind Gemütsstörungen, Reibereien, zum mindesten aber Rücksichtslosigkeit, die unter gestitzten Menschen nicht vorkommen sollten. Dieser Zustand ist zwar vielfach mit Recht zurückgeführt worden auf die Verwilderung der Sitten während der Kriegsjahre. Wie lange will man das aber noch gelten lassen? Es wird höchste Zeit, daß die Menschen wieder mildere Sitten annehmen. Vor allem muß man wieder begreifen lernen, daß der Bruderhaß und der Bruderkampf eingestellt werden muß zwischen Menschen, die gleiche oder doch mindestens vielfach gleichartige Interessen miteinander haben.

Nicht Haß und Selbstzerfleischung wird uns fördern, sondern wenn es auch nicht gerade Liebe tut, so doch mindestens Duldung, das gegenseitige Bestreben, sich zu verständigen und die sachlichen Gründe miteinander zu vergleichen.

Aller menschliche Fortschritt beruht letzten Endes auf der gemeinsamen Arbeit vieler einzelner. Deshalb ist es notwendig, alles, was sich trennend zwischen unsere Kollektivarbeit stellt und diese zu hindern sucht, aus dem Wege zu räumen. Um das aber zu können, müssen wir das nötige Unterscheidungsvermögen besitzen. Wir müssen Falsches und Wahres unterscheiden können, laßt sich wie der Spielball streupeloser Demagogen, die unsere einseitige Aufschauungswelt mißbrauchen.

Hierzu ist wiederum Wissen und Bildung erforderlich. Ohne genügende reale Kenntnisse der politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge in unserer Zeit, ist man nicht imstande, sich eine richtige Meinung über die brennenden Fragen der Gegenwart zu bilden.

Wir haben den Kaffentubentag, also steht uns jetzt freie Zeit genügend zur Verfügung, die Lücken in unserer Bildung, in unserem Allgemeinwissen auszufüllen. Auch an den hierzu notwendigen Voraussetzungen fehlt es fast nirgends, denn selbst an kleinen Orten sind heutzutage Bibliotheken vorhanden, die den erforderlichen Lesestoff enthalten. An größeren Orten bestehen aber noch zahlreiche andere Einrichtungen, die zu dem genannten Zweck benutzt werden können. Hochschulen, Hochkulturen und Vortragsabende sind fast überall eingerichtet, wo sich auch nur die geringste Möglichkeit eines Erfolges bietet.

Selber hat sich aber herausgestellt, daß die heranwachsende Jugend diese Einrichtungen nicht in dem Maße benutzt, wie es in ihrem eigenen Interesse erforderlich wäre. Wenn unsere Nachkommen nicht im Kampfe um die Daseinsbedingungen zurückgeblieben werden wollen, müssen sie ihre Kräfte rechtzeitig sammeln. Sie müssen sich die geistigen Waffen anschaffen, die erforderlich sind, um den Kampf mit Erfolg zu bestehen. Also müssen wir die Lust und Liebe hierzu in ihren Herzen wecken. Nicht Haß kann die Menschen zum Ziele führen; Welt befehlen kann nur Liebe zur Sache und zu den Menschen selbst!

Zum Verbandstag.

Kolb-Waagen schreibt hierzu unter anderem, daß der Verbandstag Ratifizieren muß. Er macht dem Vorschlag, den Beitrag mit der Hälfte der Delegierten zu verstärken und dann mit diesen allen die wichtigsten Vorschläge zu besprechen, die bis zu einem gewissen Zeitpunkt in der Presse erörtert wurden. Er erwartet, daß schon durch die Erörterung in der Presse die Fragen geklärt würden. Industrieverband und Statutenänderung müßten besprochen werden.

Soziales.

Die öffentlichen Arbeitsnachweise dürfen keine Schmarrenlisten führen. Nach einem Bescheid der Reichsarbeitsverwaltung...

Verordnung über Lohn- und Gehaltszahlung. In der früheren Verordnung wird die Stelle im Absatz 1, wo steht „einbundertzwanzigtausend“...

Am Heft 6 des Reichsarbeitsblattes Seite 187 bis 194 wird der Entwurf eines Gesetzes über eine vorläufige Arbeitslosenversicherung veröffentlicht...

Ein wertvolles Unternehmergespräch. In einem streng vertraulichen Rundschreiben, das der Nordwestdeutsche Arbeitgebernverband für das Baugewerbe...

vertreten müssen, wenn wir ihn auch selbstverständlich den Arbeitern gegenüber nie zum Ausdruck gebracht haben, das sich die dauernde immense Verteuerung aller Bedarfsartikel...

Korrespondenzen.

München. (26. 3.) Versammlung vom 3. März. Gaukelter Busch berichtet, daß die Verhandlungen mit der Ledertransportfirma „Gama“...

Bauhen. (27. 3.) Versammlung vom 23. März. Nach längerer Aussprache, in der Grub für Ver-

schlebung des Verbandstages, Kofel für Abhaltung eintrat, erklärten sich die Versammelten gegen 6 Stimmen für eine Verschiebung auf spätere Zeit.

Cohnbewegungen und Streiks.

Abn. (Autobranchen). Der Spitzenmindestlohn beträgt ab 15. März 2250 Mt. pro Stunde.

Verbandsnachrichten.

(Bekanntmachungen des Vorstandes der Ortsverwaltungen.)

In der Woche vom 8. bis 14. April ist der 15. Wochenbeitrag fällig.

Mit den Abrechnungsformularen ist den Verwaltungen die gelbe Berichtskarte für das erste Quartal 1923 zugegangen.

Veranstaltungskalender.

Berlin. Lehrlingsabteilung. Montag, den 9. April, im Bureau, Zimmer 28.

— Taubstummen-Sektion. Freitag, den 13. April, abends 7 Uhr, Köpenicker Str. 154.

Bremen. Nächste Versammlung am Sonnabend, den 14. April 1923, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 28/27.

Abn. (Tapezierer). Mittwoch, den 11. April, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Saal 11.

Sterbefaßel.

Kemfch. Am 5. März Paul Mafel, 27 Jahre alt. Ehre seinem Andenken!

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tapezierer und verw. Berufsangehörigen Deutschlands (Critzka-Kasse) Sitz Hamburg.

Das Bestehen, die Verhältnisse in der Krankenversicherung der Geldbewertung anpassen, führte zu einer geselligen Versammlung am 2. Februar 1923...

Beiträge und Leistungen der Abteilung A (einschl. Krankenkasse).

Table with 5 columns: Klasse, Grundlohn, Beitrag, pro Tag, pro Woche, Sterbegeld. Rows 1-5.

Im Wochenbeitrag bei Entbindungskassen wird den anspruchsberechtigten Mitgliedern je nach dem Alter...

Der Beitrag für kleinere Bestände wird auf 30.000 Mt. erhöht.

In der 1. Klasse dürfen nur verheiratete und jugendliche Arbeiter bis zum 18. Lebensjahr versichert sein...

Beiträge und Leistungen der Abteilung B (ohne Krankenkasse).

Table with 5 columns: Klasse, Beitrag, pro Tag, pro Woche, Sterbegeld. Rows 1-4.

Nach 10jähriger Mitgliedschaft erhält sich das Sterbegeld in beiden Abteilungen um 10 Proz.

In der Abteilung B steht die Wahl der Beitragsklassen allen Mitgliedern frei; den bisherigen Mitgliedern ist der Wechsel in die neue 4. Klasse innerhalb der ersten 4 Wochen...

Die erhöhten Leistungen dieses Krankengeldes betragen betr. Kranken- und Sterbegeld treten ab Montag, den 30. April, in Kraft für alle Mitglieder...

In der Krankenkasse der Tapezierer und deren Frauen des Verbandsbezuges...

Wir empfehlen beide Klassen nachmals einer wohlwollenden Beachtung. Der Vorstand, J. A. C. Weyh.

Zentral-Krankenkasse der Sattler, Portefeuller und Berufsangehörigen Deutschlands zu Berlin.

Auf Grund des § 24 Abs. 4 haben Vorstand und Aufsichtsrat erneut zum Ausgleich der Geldbewertung beim Reichsaufsichtsrat die Genehmigung zur Verfüngung der Beiträge...

Von diesem Zeitpunkt ab beträgt das Eintrittsgeld 300 Mt. und der regelmäßige Beitrag in der 1. Klasse 50 Mt., 2. Klasse 150 Mt., 3. Klasse 300 Mt.

Nach 52wöchiger Mitgliedschaft beträgt das Krankengeld im Falle einer mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Krankheit für die Dauer von 30 Wochen vom 1. Tage ab...

Bei kürzerer Mitgliedschaft wird in allen Klassen nur die Hälfte dieser Unterstützungssätze für die Dauer von 13 Wochen gezahlt.

Die Vererdigungsbeiträge beim Tode des Mitgliedes beträgt nach 52wöchiger Mitgliedschaft in der 1. Klasse 7500 Mt., 2. Klasse 22.500 Mt., 3. Klasse 45.000 Mt.

Das neue Material wird den Verwaltungen rechtzeitig zugestellt. Der Vorstand, Ernst Schulze, Vorsitzender.

Für unsere Fabrik in Eberfeld suchen wir sofort 1-2 tüchtige Portefeuller.

F. D. Wöhler & Co., G. m. b. H., Bohwinkel (Rhd.)

Fachbücher-Preise.

Table with 2 columns: Book title and Price. Includes titles like 'Großes Tapezierbuch', 'Sattlerhandbuch', etc.